

Wie weiter in Europa?

Teil 2: Neuer Kalter Krieg oder neue Entspannungspolitik?

In Teil 1 wurde dargestellt, wie nach dem anfänglichen optimistischen Wind of Change der Entspannungspolitik in Europa die große Desillusionierung zwischen Russland und dem kollektiven Westen einsetzte. Putin kritisierte den „unipolaren“ [Ansatz des Westens](#), in dem Russland nicht als gleichwertiger Partner akzeptiert und durch die NATO-Osterweiterung bedroht würde. Die westliche Seite zeigte sich überrascht und enttäuscht über den plötzlichen russischen Konfrontationskurs und undemokratische Entwicklungen im „Reich Putins“.

Ein im März 2022 erschienener Artikel der [New York Times](#) verdeutlicht den Schock. Darin wird zunächst die Reaktion des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses Norbert Röttgen auf Putins Bundestagsrede von 2001 zitiert:

„Putin nahm uns gefangen. Seine Stimme klang ganz sanft, auf Deutsch, eine Stimme, die einen dazu verleitete, das zu glauben, was einem gesagt wurde. Wir hatten Grund zu der Annahme, dass es eine realisierbare Perspektive des Miteinanders gab.“ (Rückübersetzung aus dem Englischen d.V.)

Heute (2022), so die New York Times weiter, sei jegliches Zusammengehörigkeitsgefühl endgültig zerstört, die Ukraine brenne, niedergeknüppelt von Putins Invasionsarmee. Mehr als 3,7 Millionen Ukrainer seien auf der Flucht; die Zahl der Toten in einem seit einem Monat andauernden Krieg stiege; und

„die säuselnde Stimme von Herrn Putin hat sich in die wütenden Tiraden eines buckligen Mannes verwandelt, der jeden Russen, der sich der Gewalt seiner sich verschärfenden Diktatur widersetzt, als ‚Abschaum und Verräter‘ abtut.“ (Übers. d. V.)

Auch wenn sich nicht jeder so ausdrückt, so wird doch Putin im Westen weithin selbstverständlich als imperialistischer Autokrat bewertet. Dieser „[autoritäre Akteur](#)“, der laut strategischem Konzept der NATO „unsere Interessen, unsere Werte und unsere demokratische Lebensweise infrage“ stellt, kann, so die vorherrschende Sichtweise, seine diktatorische Macht im Lande nur über die Bekämpfung vermeintlicher äußerer Feinde sichern und plant deswegen, das ehemalige Staatsgebiet und den Einflussbereich der Sowjetunion zurückzuerobern. Sein machtpolitisches Vorgehen im Inneren zur Zurückdrängung oppositioneller westlicher Einflüsse in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die Militäroperationen im Tschetschenien-Krieg und gegen Georgien, die Annexion der Krim und die Unterstützung der Aufständischen im Donbass seien dafür schon klare Belege gewesen. Der Überfall auf die Ukraine habe alle, möglicherweise noch vorhandenen, Zweifel beseitigt.

NATO und EU hätten es so nicht nur mit einer realen militärischen Bedrohung zu tun, sondern auch mit Gefahren für ihre innere Sicherheit, da Putin wegen seiner konservativen Einstellungen zu Familie, orthodoxer Kirche und Vaterland weltweit den Rechtspopulisten Aufwind gibt. Vor allem ist es aber die moralische Pflicht des Westens, zur Ukraine zu stehen und den Aggressor Putin nach seinem völkerrechtswidrigen Verhalten in die Schranken zu weisen. Russland dürfe deswegen keinesfalls diesen Krieg gewinnen.

Ein Dialog mit Autokraten sei nicht möglich. Diese verstünden nur die Sprache der Macht. Deswegen sei die Entspannungspolitik, der er nachhänge, heute keine Option, argumentiert z.B. Jana Puglierin vom *European Council of Foreign Relations* (ECFR) im [Streitgespräch mit Klaus von Dohnanyi](#). Die Erwartungen der Entspannungsbefürworter bezüglich des „Wandels durch Annäherung“¹ hätten sich nicht erfüllt. Die westliche *appeasement* Politik² nach der Krim-Annektion hätte Putin darin bestätigt, dass er mit militärischen Mitteln erfolgreich seine Interessen durchsetzen könne. Erst nach dem russischen Angriff sei Deutschland endlich bereit gewesen, die schon länger fällige „[Zeitenwende](#)“ zu vollziehen, mehr „militärische Verantwortung“ zu übernehmen und das zu tun, was man Präsident Trump verweigert habe: die Erhöhung der Militärausgaben auf 2% des BIP. Ein von Puglierin mit herausgegebenes [ECFR-Papier](#) fordert von den Europäern weit mehr: Nur indem es sich zu einer starken Militärmacht entwickle, könne Europa vom ständig übergangenen Vasallen der USA wieder zu einem ernstzunehmenden Partner im atlantischen Bündnis werden. Angesichts der sich inzwischen immer stärker abzeichnenden Perspektive eines Trumpschen Wahlsieges und [dessen Äußerungen über die NATO](#), sind nun viele Stimmen zu hören, die die Europäer zu noch größere Rüstungsanstrengungen aufrufen, weil man sich künftig bei der Abwehr der russischen Bedrohung nicht mehr auf einen wohlwollenden Seniorpartner verlassen könne.

In der Sackgasse?

Putin „darf nicht gewinnen“. Aber kann die Ukraine Russland mit westlicher Hilfe besiegen? Mittlerweile ist klar: die Sommer-Offensive 2023 ist gescheitert. In den westlichen Medien häufen sich die Debatten darüber, wie schlimm die Lage wirklich ist, welche Möglichkeiten die Ukraine noch hat, und welche Konsequenzen zu ziehen sind. „*Ukrainians question Volodymyr Zelenskyy’s ‘rose-tinted’ speeches*“, [titelt die Financial Times](#). Mit anderen Worten: Auch die Ukrainer haben den Glauben an einen durchschlagenden militärischen Erfolg aufgegeben. Die ukrainische Führung ist zerstritten. Proteste der Bevölkerung gegen Truppenmobilisierungen werden häufiger. In den USA stemmen sich die Republikaner gegen eine weitere Finanzierung der Ukraine.

Eher depressiv [befürchtet](#) der britische Journalist und konservative Politiker Daniel Hannan einen „Suez-Moment“³ für das westliche Bündnis: Die profunde strategische Niederlage mit weltweiten Folgen für die USA und die NATO-Staaten, deren gemeinsame Kraftanstrengung nicht reichte, um Russland aus der Ukraine zurückzudrängen.

„Es ist immer noch möglich, sich ein Friedensabkommen vorzustellen, das Aggression nicht offen belohnt. [...] Aber wenn Russland am Ende Land mit Gewalt annektiert, wird nicht nur der Westen verlieren, sondern die gesamte internationale Ordnung nach 1945. Die Welt wird kälter. Die Nächte werden dunkler.“ (Übers. d. V.)

¹ Puglierin sagt „Wandel durch Handel“ und wird von Dohnanyi korrigiert.

² Die westliche Befriedungspolitik gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland, die Hitler nach der Annektion des Sudetenlandes zum späteren Überfall auf Polen ermutigt haben soll, machte den Begriff *appeasement* später zum negativen politischen Schlagwort, mit dem allgemein eine Politik ständigen Nachgebens, insbesondere totalitären Staaten gegenüber, bezeichnet wird.

³ Im Verlauf der Suez-Krise 1956 wurde klar, dass Großbritannien seinen Weltmacht-Status an die USA abgeben musste, das britische Imperium erlebte seinen „Suez-Moment“.

In dieser Situation versuchen viele Analysten und politisch Verantwortliche, die wackelige Unterstützungsfront für die Ukraine mit Hilfe einer modernen Variante der Domino-Theorie⁴ zu stabilisieren und gleichzeitig die Europäer auf eine dauerhafte militärische Bedrohungssituation vorzubereiten: So glaubt der heutige [Generalinspekteur der Bundeswehr](#) Carsten Breuer, dass man sich künftig auf einen Verteidigungskrieg gegen Russland einstellen müsse. Die Bundeswehr sei jedoch derzeit für die "Landes- und Bündnisverteidigung" nicht gut gerüstet, weil sie auf die Lösung internationaler Krisen ausgerichtet sei und es Strukturen gebe, „die schnelle und zielgerichtete Entscheidungen fast unmöglich machen". Sicherheitsexperte [Christian Mölling](#) ist der Meinung, dass als Konsequenz einer evtl. Niederlage der Ukraine zu befürchten sei, dass es schon in fünf oder sechs Jahren nicht um einen Nuklearschlag oder eine nukleare Eskalation gegen Kiew ginge, sondern um eine nukleare Eskalation, die möglicherweise dann Berlin ins Zentrum rücke. Der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer war der erste, der [forderte](#) „Die EU braucht eine eigene atomare Abschreckung.“ Und am [6. Dezember 2023](#) warb [Präsident Biden](#) mit den folgenden Worten für sein Hilfsprogramm:

„If Putin takes Ukraine, he won't stop there. It's important to see the long run here. He's going to keep going. He's made that pretty clear. If Putin attacks an NATO Ally, then we'll have something that we don't seek and that we don't have today: American troops fighting Russian troops.“

Es sei unabdingbar, durch permanente weitere Waffenlieferungen die Ukraine auch weiterhin in die Lage zu versetzen, die aktuellen Verteidigungslinien zu halten, so eine [Studie des Instituts for the Study of War](#) (ISW). Denn die kostspieligen Alternativen seien die dauerhafte Etablierung der russischen Überlegenheit oder die notwendige Stationierung von mehr amerikanischen Truppen und Waffensystemen zur Abwehr dieser Gefahr auf dem europäischen Kontinent.

Weg aus der Krise?

Wir seien in eine [gefährliche, selbstzerstörerische Eskalationslogik](#) geraten, stellen die [Redner der Berliner Friedensdemo](#) fest, schlimmer noch als in den 1980ern.⁵ Die Kosten des Krieges seien nicht mehr zu rechtfertigen. Die zunehmende Militarisierung werde dazu führen, dass noch mehr Geld und Ressourcen zur Lösung vieler drängender gesellschaftlicher Probleme fehlten. Der moralischen Pflicht zur Zurückweisung des Aggressors stellten die Friedensdemonstranten die ihrer Meinung nach moralisch nicht mehr zu rechtfertigende Zahl der Kriegsoffer gegenüber, die Harald Kujat mit ca. 500.000 Toten und Schwerverletzten allein auf Seiten der ukrainischen Armee beziffert.

Kujat ist zudem davon überzeugt, dass unsere eigene Verteidigungsfähigkeit inzwischen durch die Unterstützung der Ukraine untergraben worden sei. Auch für die USA seien die Kosten eines langen Krieges zu hoch. Das schrieben schon Anfang dieses Jahres die Autoren einer [Studie der Rand-Corporation](#). Präsident Selenskyj müsse zu Verhandlungen gedrängt werden.

⁴ Die *Domino-Theorie* war der Glaube, dass sich der Kommunismus ausbreiten und von einem Land zum nächsten verbreiten würde, bis er die Welt beherrschte. Deswegen wurde ein US-Sieg in Vietnam als unabdingbar dargestellt. Nach der US-Niederlage 1975 bewahrheitete sich die Theorie jedoch nicht.

⁵ Ein Hit in der Friedensbewegung war 1983 der Song der Band „Geiersturzung“ „Besuchen Sie Europa, solange es noch steht“.

Die Annahme, dass Russland ganz Europa militärisch erobern wolle, sei zudem absurd. Nicht nur die Friedensbewegung, sondern auch der [republikanische Senator J.D. Vance](#) argumentieren, dass das Land mit der ihm zur Verfügung stehenden Truppenstärke nicht einmal ein Gebiet von der Größe der Ukraine besetzen könne. Die Vorstellung, dass Putin noch weiter gehen und mehrere europäische Nationen militärisch kontrollieren könne, sei reine Panikmache.

Der bekannte Politikwissenschaftler John Mearsheimer, Harald Kujat u.v.m. gehen von der grundsätzlichen Verhandlungsbereitschaft Putins aus. Das habe sich schon bei den Minsk Abkommen von 2015 gezeigt, über die der Ukraine-Konflikt hätte gelöst werden können, und deren Umsetzung seitens der ukrainischen Regierung und des Westens verhindert worden sei. Weiterhin verweisen sie auf den von Russland im Dezember 2021 vorgelegten [Vertragsentwurf](#) für eine europäische Friedensordnung; auch der sei seitens des Westens zurückgewiesen worden. Putin sei es nie um Eroberungen gegangen, sondern um die Sicherheit der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine und die aus seiner Sicht durch die NATO-Osterweiterung bedrohte nationale Sicherheit Russlands.

Im [Interview mit Tucker Carlson](#) erinnerte Putin nun selbst an die kurz nach dem Einmarsch in die Ukraine in Istanbul [erarbeiteten](#) Entwürfe für ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Russland und der Ukraine, die auf westliche Initiative abgebrochen worden seien, und an die man heute wieder anknüpfen könne.

Aus dieser Perspektive gibt es also keinen Grund dafür, warum Europa heute erneut in einen Zustand des Kalten Krieges verfallen muss. Warum nimmt man Putin nicht beim Wort? Vielleicht ließen sich Regelungen finden, mit denen alle Beteiligten leben könnten, auch wenn sich die jeweiligen wirtschaftlichen und innen-politischen Verhältnisse sowie die Weltanschauungen deutlich voneinander unterscheiden? [Vorschläge dazu gibt es](#). Selbst Autoren der Rand Corporation halten Verhandlungen, in denen Zugeständnisse an Russland gemacht werden, sowie die Teil-Wiederaufnahme der Beziehungen zu Russland und die Rückkehr zu Rüstungskontrollverträgen für nötig. [Sie schreiben](#):

„Nach der mutwilligen Verletzung der ukrainischen Souveränität und territorialen Integrität durch Russland [... ist eine] allumfassende [europäische Friedens-] Ordnung [...] nicht mehr plausibel, aber es ist denkbar, dass verschiedene Normen, Dialogformate und andere Vereinbarungen stückweise vereinbart werden. Gemeinsam könnten solche Vereinbarungen den Grundstein für eine langfristige regionale Stabilität legen.“ (Übers. d. V.]

Nur - selbst für einen solchen Dialog fehlen bisher auf westlicher Seite ernstzunehmende Gesprächspartner. Ein neuer Kalter Krieg scheint unausweichlich zu sein.

